

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. August 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 89

Bekanntmachung

Mit Bekanntmachung vom 2. Juli hatte das Tarifamt den Termin für Einreichung von Spezialanträgen zur Abänderung des Tarifs auf den 31. August festgesetzt. Die Vertreter der Tarifparteien haben dem Tarifamt jedoch inzwischen mitgeteilt, daß es ihnen nicht möglich sein werde, diesen gemäß der tariflichen Vorschrift festgesetzten Termin einzuhalten, weil Ausstellung und Vorberatung der Anträge bis dahin nicht beendet sind.

Das Tarifamt hat deshalb im Einverständnis mit dem Tarifausschuß den Termin für Einreichung dieser Spezialanträge

bis spätestens zum 13. September

hinausgeschoben. An diesem Tage muß das Tarifamt im Besitze der Anträge sein; später einkommende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Zur Beratung der vorliegenden und bereits veröffentlichten Generalanträge und der hierzu gehörenden Spezialanträge trifft der Tarifausschuß

am 18. Oktober 1920

zur Beratung zusammen. Näheres wird den Kreisvertretern auf dem Zirkularwege mitgeteilt.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die vom Tarifausschuß in den Tagen vom 10. bis 13. Mai 1920 gefassten Beschlüsse, die zunächst nur gültig sein sollten bis zum 31. August 1920, über diesen Termin hinaus in Wirksamkeit bleiben, und daß im Einverständnis mit dem Tarifausschuß eine Änderung dieser Beschlüsse vor dem 18. Oktober 1920 nicht stattfindet.

Berlin, 6. August 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Dr. G. Breithaupt, Stellvert. Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Den Verteidigern der Druckereifillegungen ins Stammbuch

Meinen Artikel über die Schlichtung der Buchdruckerstreitigkeiten in Berlin in Nr. 83 des „Korr.“ bemühen sich in Nr. 32 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ mit einem Raumverbrauche von einundhalb Spalten zwei Herren zu widerlegen. Herr Dr. Schönner als Geschäftsführer und Spindikus des Vereins der Berliner Buchdruckerbesitzer unterzeichnet einen besonderen Artikel und ein ungenannt bleiben wollender Herr veröffentlicht einen „Offenen Brief“ an meine Person, der mit den Worten schließt: „Besten Gruß, Herr Albrecht! Meinen Namen kennen Sie doch?“ Wenn auch anonyme Schreiben bei mir in den Papierkorb wandern, will ich doch meinen Dank aussprechen für diesen freundlichen Gruß mit der Erwiderung: „Daran erkenne ich meine Pappentelmer!“

Beide Artikel beweisen, wie sehr ich mit meinen Ausführungen das Richtige getroffen habe. Speziell mein Antrag an den Reichsarbeitsrat hat es den Herren angefallen. Er ist den Prinzipalpartei ungenießbar oder, um mit Dr. Schönner zu reden: „gänzlich undiskutabel“. Aber meine Herren, so leicht kommen Sie da nicht herum, denn was verstehen Sie denn unter „den elementarsten Rechten des Betriebsinhabers“, auf die Sie sich berufen? Die Antwort darauf bleiben Sie gleich schuldig. Gewiß bedeutet mein Antrag einen Eingriff in das unbeschränkte Verfügungsrecht aller inbuddlichen Werke, die zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens dienen. Das verurteilt Ihnen Unbehagen. Sie werden sich aber daran gewöhnen müssen, denn mit dem absoluten „Herrn-im-Haus“-Standpunkt im Solchen des Betriebsratsgesetzes muß es vorbei sein.

Anstatt mit den Betriebsräten Sand in Sand zu arbeiten, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebs zu heben, läßt man in vielen Betrieben denselben keine Zeit zu positiver Arbeit; sie müssen alle Kräfte anspannen, um sich die ihnen zutragenden Rechte zu erobern, wie die vielen Klagen vor den Schlichtungsausschüssen beweisen. Typisch in dieser Hinsicht ist der Fall S. S. Hermann, wo die Geschäftsführung die Verhandlungen mit dem Betriebsrat verweigert und zur Betriebsfillegierung als Kampfmittel gegen die Gehilfenschaft greift. Als die Gehilfenschaft darauf nicht reinkam, greift sie zu weiteren Provoaktionen, indem sie den Vorstehenden des Betriebsrats als Auswärtigen nicht weiter reklamiert, ihn dann unter Auszahlung des Geholtes leidet kassiert, ihm das Betreten der Druckerei verbietet und ihn so an der Ausübung seiner Tätigkeit als Betriebs-

rat hindert. Also eine strafbare Handlung seitens der Firma.

Man sieht daraus, daß die Betriebsausführungen und Fillegierungen nur Kampfmittel gegen die Gehilfenschaft sind! Den Prinzipalpartei stehen auch nach erfolgter Auflösung ihrer Betriebe noch zahlreiche Mittel und Wege zur Verfügung, sich im Buchdruckgewerbe profitabel zu betätigen. Gerade die Ausführungen in dem von Herrn Dr. Schönner unterzeichneten Artikel bestärken mich in meiner Auffassung. Niemand kann mir weismachen, daß alle Inhaber der aufgelassenen Betriebe aus dem Buchdruckgewerbe ausgeschieden sind. Es wird ja selbstverständlich sein, wer noch an anderen Buchdruckerbetrieben beschäftigt ist. Bestreiten Sie mir das, dann können wir die Probe aufs Exempel machen. Da muß auch kein „Gammern und Wehklagen“ über Ungenauigkeiten; gegen Tatsachen kommen Sie nicht auf!

Wie richtig meine Behauptungen sind, beweist der Herr mit dem „Offenen Briefe“ selbst mit nachstehenden Ausführungen:

Aber das Demobilisationsbestimmungen umgangen werden oder umgangen werden sollen, muß entschieden bestritten werden, nämlich deshalb, weil Bestimmungen dieser Art überhaupt nicht existieren.

Daß die Firma Bah & Garleb sich weigert, das Personal der Firma Sittenfeld, das sie ja gar nichts angeht, zu übernehmen, ist doch ganz erklärlich. Die Firma hat nach den mir gewordenen Mitteilungen lediglich die Maschinen usw. gekauft. Sie wird einen Teil der Maschinen vielleicht in ihren Betrieb übernehmen, den andern Teil wohl weiter veräußern. Was soll sie da mit dem Personal machen? Und daß der bisherige Leiter der Firma Sittenfeld bei der Gründung seines eigenen Betriebs nur dasjenige Personal übernimmt, das ihm für seinen Betrieb gut und brauchbar erscheint, das ist auch ganz klar.

Was ist die Logik dieser Zeiten? In Berlin existiert danach ein Konsortium, das Buchdruckerbetriebe aufkauft und ausgliedert, ist es nun durch einen Mittelsmann oder durch eine Bank. Die geschlichen Bestimmungen reichen leider nicht aus, diesem groben Anflug ein Ende zu machen. Am Firmennamen, dem Bankrott nahe sind, braucht man sich nicht zu kümmern, diese fallen den Händen des Schlichters sowieso als reife Frucht in die Hände. Aber bei den übrigen ist ein Geschäft zu machen. Die Gehilfen kann das Geschäft nicht schaden, sie werden geneigt abgefunden. Die vorhandenen Aufträge werden anderen Firmen zugeführt. Die Maschinen usw. wandern ab nach dem Auslande (Italien, Schweiz, Spa-

nien, Finnland usw.), denn Buchdruckmaschinen sind zur Zeit auf dem Weltmarkt stark begehrt.

Bei der Firma Gebhardt, Zahn & Landt geben Sie selbst zu, daß diese in anderer Form weiter bestehen wird. Also was ist nun ungenau an meiner Behauptung? Für mich ist maßgebend, was mir beweiskräftig gesagt wurde; nicht, was Ihnen berichtet worden ist.

Nun zu dem ersten Wort an die Herren Gehilfen! Man muß den Stoff schlichter über diese Dinge „An die Freude“, die vielen Buchdruckerbesitzer genommen sei; zum guten Teil mit Schuld der Gehilfenschaft. Streiten wir nicht darüber. Aber die eine Behauptung stelle ich auf, daß die Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe die arbeitswilligste in allen Berufen ist! Fragen Sie einmal in andern Gewerben an, wieviel Arbeiter jetzt benötigt werden zu denselben Arbeitspensum wie vor dem Kriege? Und wie sieht es bei uns aus? Keinen Pfifförling geben die Prinzipale von ihren tariflichen Rechten preis.

Dasselbe Lied erklingt bereits vor dem Kriege. Der Text lautete zwar anders, aber die Melodie war die gleiche, unerbänderte. Erst kam man mit der „passiven Resistenz“. Die Gehilfenschaft lächelte darüber. Dann nannte man das Ding „Juridikalhaltung der Leistungen“ und fing damit bei den Druckern an. Das geschah merkwürdigerweise, als man für die Drucker Spezialbestimmungen in den Tarif beantragt hatte. Dann kamen die Maschinenheber an die Reihe. Das war vor der letzten Tarifberatung und diente zur Begründung für die Einführung des Berechnens an der Sechsmaschine. Und jetzt sind es die Betriebsräte, die noch immer ihre Hauptaufgabe nicht darin sehen, die Produktion zu fördern, sondern die Geschäftsführungen zu schikanieren. (Warum jagt man nicht Antowien?)

Herr Schröderer wird mir beistimmen, daß er während des Krieges außerlo, er lebe jetzt erst ein, was er an seinem alten Personal gehabt habe und wäre froh, wenn er es wieder hätte. Ebenso dachten viele andre Prinzipale. Sehr haben Sie, meine Herren, die alten Personale wieder. Verständigen Sie sich auf Grund der bestehenden Verhältnisse mit denselben und lassen Sie versichert, daß damit dem Gewerbe besser gedient ist als mit Zwangsmaßnahmen!

Aber auch das weiterer lesen Sie versichert, daß sich die Gehilfenschaft ihr Mitbestimmungsrecht nicht nehmen läßt. Dasselbe zu erweitern und auszubauen, soll ihre vornehmste Aufgabe sein.

Berlin.

X. Albrecht.

Neue Druckereifillegierungen in Berlin?

Wir sind dem Kollegen Albrecht zu Dank verpflichtet, daß er auf die am 6. August in der „Zeitschrift“ erschienenen Artikelentendungen in Sachen der Druckereifillegierungen im vorliegenden prompt antwortet. Es muß den Herren, die mit solchen Argumenten, wie in der „Zeitschrift“ gelassen, für die Richtigkeit oder quasi Notwendigkeit der Betriebsneueinstellung operieren, der Standpunkt gründlich klar gemacht werden. Ausdrücklich begründen wir es auch, daß der Berliner Gewerkschaft durch den Kollegen Albrecht die in Nr. 83 (Artikel Albrecht) aufgeführten Maßnahmen gegen Druckereifillegierungen vom Reichsarbeitsrat verlangt hat. Wir haben zum Kapitel der Betriebsfillegierungen im allgemeinen und der Druckereifillegierungen im besondern noch eine Vorlesung in petto.

Einstweilen wollen wir uns mit der Meldung über eine von neuem angekündigte Druckereifillegierung in Berlin befassen, so weit der Fall schon tatsächliche Vorgänge aufweist. Es kommt die große Kolonndruckerei von S. S. Hermann in Betracht. „Vorwärts“ und „Freiheit“ brachten darüber am 6. August eine sich deckende kurze Notiz, die behauptet, daß dem Betriebsrat von dem Inhaber am Tage zuvor eröffnet worden sei, die Geschäftsführung werde lieber den Betrieb schließen, als mit dem gesetzlichen Vertreter der Arbeiterchaft, dem Betriebsrat, zu verhandeln! Wir waren ganz frappiert über diese Begründung zur Androhung einer so folgenschweren Handlung, die selbst bei der Behauptung von Unwirklichkeit des Betriebs nicht einfach hingenommen werden könnte. Aber der Versuch zu einer Begründung wie im Falle Sittenfeld lag nicht einmal vor, die Notiz betonte vielmehr im wesentlichen, daß in den letzten beiden Tagen noch umfangreiche Einstellungen von Personal stattgefunden hätten.

Wir jagen also sofort Erkundigungen in Berlin ein, um uns einen Vers auf die bis dahin uns höchst ungerührt

vorkommenden beiden Zeitungsstellen machen zu können. Was wir erfahren, macht ersichtlich, daß tatsächlich Differenzen mit dem Betriebsrat und speziell mit dessen unbecuem gewordenen Vorsitzenden Anlaß gegeben hatten, die Firma Hermann mit der Betriebsratsführung drohen zu lassen. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Vorsitzende des Betriebsrats der Großdruckerei S. G. Hermann, Beuthstraße 8, war am 1. August 1914 nicht in Berlin, sondern in Leipzig, und zwar konditionslos. Er gehört also zu denjenigen, die laut Demobilisierungsvorschrift vom März v. S. beim Demobilisierungsausschusse gemeinsam durch Firma und Arbeitervertretung reklamiert werden müssen zwecks Genehmigung zur Weiterbeschäftigung. Während des Krieges kam er nach Berlin. Die Firma S. G. Hermann reklamierete ihn ständig. Der Kollege ist verheiratet. Seine Frau befindet sich aber bei seinen Eltern in einem kleinen Provinzort; da sie ihrer Niederkunft entgegenwärt, schiedete der Gemann sie Anfang 1919 dorthin mit dem größten Teil der Wirtschaftssachen. Er selbst siedelte sich in Berlin eine Stube, so daß er auch von der Ausnahmebestimmung keinen Gebrauch machen kann, wonach Verheiratete, die am 1. April 1919 in gemeinsamem Haushalt mit Familie in Berlin lebten, obgleich sie am 1. August 1914 nicht hier waren, von der Verordnung nicht betroffen werden. Wegen Wohnungsnot konnte er seine Familie bisher nicht wieder zurückkommen lassen. Das macht sich die Firma jetzt zunutze! Hat sie ihn bisher prompt reklamiert, so verweigert sie dies jetzt, wohl für anscheinend der Betriebsratsvorsitzende unbenommen geworden ist, während andre Kollegen ruhig weiter reklamiert werden.

Verhandlungen wegen dieses Sonderverfahrens blieben fruchtlos. Auch eine telephonische Anfrage vom Gauronstande war ergebnislos. Die Firma erklärte, darüber nicht verhandeln zu können, auch nicht mit dem Betriebsrate, da sie schon mehr Zeit als notwendig daran gewendet habe. Sie könnte in der Woche nur einmal mit dem Betriebsrate verhandeln, das habe sie am Montag (2. August) in mehrstündiger Sitzung getan. Seit 4-5 Wochen haben aber der Ferien wegen Verhandlungen nicht stattgefunden, so daß das Material sich gebäuht hat, auf dessen Erledigung der Betriebsrat nun dringt. Es handelt sich also nicht allein um den Fall des Betriebsratsvorsitzenden.

Da die Geschäftsleiter also alles absehnten, wandte sich der Betriebsrat direkt an Herrn Grib Hermann, der sich aber in erregter Auseinandersetzung auf denselben Standpunkt stellte und erklärte, der Betriebsrat möge die offizielle Mitteilung an das Personal weitergeben, daß der Betrieb in kürzester Zeit geschlossen werde; er solle sich nicht aufstrotzen, mit wem er zu verhandeln habe!

Am Freitag, dem 6. August, wurde der bereits in der vorigen Woche gestündigte Betriebsratsvorsitzende nun sofort entlassen und ihm das Geld bis zum Abschlusse der Abfindungsschrift (13. August) ausgezahlt und, da die Annahme verweigert wurde, per Post zugesandt. Das Befehlen des Betriebs wurde ihm verboten. Die Firma macht sich also strafbar, indem sie ein Betriebsratsmitglied an der Ausübung seines Amtes hindert. Verhandlungen beim Demobilisierungskommissar sind sofort eingeleitet worden.

Wie erinnerlich, waren die Unternehmerverbände bzw. deren Generalsekretäre drauf und dran, das Zustandekommen des Betriebsratsgesetzes durch Schließung der Betriebe zu verhindern. Schon diese Androhung bildete eine kräftige Widerlegung der von radikaler Seite dem Betriebsratsgesetz zuteil gewordenen (und noch werdenden) Beurteilung, weil es nur im Interesse der Unternehmer gelegen sei, den Kapitalismus selbst zu ruinieren. Wenn nun jetzt ein Druckereibetrieb mit rund 1000 beschäftigten Personen geschlossen werden soll, weil die Geschäftsleitung einen Betriebsratsvorsitzenden loswerden will, von dem ungebührliches oder ungesetzliches Verhalten gar nicht beauptet wird, so kann damit noch viel weniger die Schädlichkeit dieses Gesetzes für die Arbeiterschaft erbracht sein.

Kollege Albrecht geht in seinem Artikel schon kurz auf den Tatbestand ein, der durch die ausführliche Darstellung im vorstehenden die Handlungsweise der Geschäftsleitung und des Inhabers der Firma S. G. Hermann als ganz unbillig erscheinen läßt. Man fühlt sich beschämt, daß ein solcher Fall schon in seinem Anfangsstadium in unserm Gewerbe möglich sein konnte. Ob der Firmeninhaber nur eigener Eingebung gefolgt ist oder ob er der Schlichter für andre ist, ein solches Herauskehren des Herrschaftspunktes bildet einen Genetick, durch den weitere derartige Geleiste glatt zu finden werden müssen. Auch Begründungen für Willigen aus anderer Ursache dürften dadurch schwerer werden, denn die Firma Hermann wird sich bei den Schlichtungsbehörden eine gehörige Wut holen. Im allgemeinen aber ist damit der Beweis erbracht, welcher Mißbrauch mit Betriebsratslegungen getroffen werden kann. Dagegen müssen gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden!

„Saule Stöppe“

Ueber Kollege Willi Nippel aus Breslau, da haben Sie aber mal so richtig in ein Wehnen gelassen mit dem zweiten Teil Ihres Aufsatzes „Taylor oder Bernunft?“ in Nr. 85 des „Korr.“! Suii war das ohne Freude, zu sehen, mit welchen Gefühlen, und zu hören, mit welchen Bemerkungen die „Auchaktoren“ und die „faulen Stöppe“ und „Gummigleber“ Ihre Zeilen besetzt legten! Die „Auchaktoren“ will ich hier ein wenig besette sehen, die

nimmt vielleicht noch ein anderer Kollege sich etwas schärfer unter die Lupe; aber den „faulen Stöppen“ möchte ich noch ein paar Zeilen ins Stammbuch schreiben.

Ermahnungen helfen zwar bezüglich wenig solchen „Stölegen“ gegenüber; es müssen da meistens andre Gassen ausgezogen werden. Wo unter den Schemern gemeinsam, also in einem „Topf“ berechnet wird, da ist die Geschäfte verhältnismäßig leicht. Wer nicht seine Pflichten tut, der wird einfach vom „Topf“ ausgeschlossen; da hat man leicht ein Mittel in der Hand, um die „Gummigleber“ zu unabhängigen Mitarbeiter zu erziehen. Anders ist es aber, wo eine bestimmte Anzahl Kollegen eine feste wiederkehrende gleichgroße Arbeit leisten und in gewissen Gelde. Wie kann man sich da helfen? In früheren Zeiten gab es bei den Buchdruckern noch den „Verzicht“ mit dem diesen Freibeitlich um den Platz, den jeder wie die Post nied. Die moderne Zeit hat damit aufgeräumt; wir Jüngeren sind für solche „Junstgebräuche“ nicht mehr zu haben. Ich will nicht sagen, daß der „Verzicht“ gerade sehr schön war, aber seine ergebnisse Wirkung hat er sicher oftmals bewiesen. Es gibt wohl auch noch Druckereien, in denen solche „Kollegen“ nicht selten zu finden können, aber es gibt auch welche, wo sie für Drohnen durch eifriges Spelchellechen ersehen können. Da arbeiten denn „Auchfaktor“ und „Gummigleber“ Hand in Hand.

Die Anhänger des selbstbewußten Drohnenums behaupten aber: „Für das Geld, das wir bekommen, arbeiten wir noch zuviel! Das wird gerade so fürs Kommen bezahlt!“ Dann aber wieder beneiden sie jeden Kollegen, der auch nur 25 Pf. mehr an Lohn erhält als sie. Und darum habe ich seit je den Standpunkt vertreten: in jeder Meißer hat die Gefellen so, wie er sie bezahlt!

Für das Minimum kann man keine Maximalarbeitsleistung verlangen. Die Prinzipale, die mit „Auchaktoren“ arbeiten, werden immer auch mit einem Stamm „fauler Stöpfung“ zu rechnen haben. Das Minimum für die Mindestleistung! Den Sichtigsten höhere Bezahlung! So wird sich ein Teil der „faulen Stöppe“ ausrotten lassen. Und die ihre Faulheit oder Unfähigkeit durch schmeicheleische Worte gegen den Prinzipal oder den Faktor weismachen suchen, statt durch Umkehr zum Fleiß und zur Weiterbildung, ihnen rufe ich zu:

Gedenket bei der Schmeichelsprach!
Auch eurer niederen Spelchelschmach!

Berlin. Artus.

Weiteres zur Meisterprüfung

Vor einigen Jahren bestand ich ebenfalls in Berlin die Meisterprüfung. Meine Veruche, einen Faktorposten zu finden, gab ich bald auf, denn liberal, wo ich anzukommen gedachte, wurde mir vorgehalten, daß ich noch keine Praxis hätte, „also“ nicht befähigt sei. (Nebenbei bemerkt, ich habe höhere Schulbildung und bin schon zehn Jahre Korrektur!) Wenn man aber nirgends einen Anfang machen kann, woher soll da Praxis kommen? Ich war natürlich verstimmt, und ich will ehrlich gestehen, daß ich nicht, wie Kollege Gek. in Nr. 85 des „Korr.“, es wünscht, aus Idealismus die Prüfung abgelegt habe, sondern ich wollte mir und meiner Familie ein etwas besseres Dasein bereiten.

Mir tat meine nutzlos aufgewendete Arbeit und geschädigte Gesundheit (seit 1918 fühle ich mich auf der Kronenkrasse schon ganz heimlich) aufrichtig leid. Nur die schwache Hoffnung, durch Zufall einmal in eine gehobene Stellung, „hineinrutschen“ zu können, kräftete mich noch. Im übrigen habe ich mich abgefunden, da ja ein Faktor heuteutage wirklich nicht zu beneiden ist wegen seiner gegen früher bedeutend erhöhten Stellung als Puffer zwischen Prinzipal und Gebillenstaff.

Es sollte sich niemand nach dem Faktorposten reifen, höchstens die Meisterprüfung im Falle des Vorhandenseins von genügend Kapital ablegen, um sich gelegentlich selbstständig zu machen. Aber nur um des Ideals willen? — Nein!

Berlin-Schöneberg. F.

Die in Nr. 85 des „Korr.“ gemachten Ausführungen unter „Gedanken zur Meisterprüfung“ des Kollegen Gek. möchte ich nicht ganz unwidersprochen lassen. Vom Standpunkt des Verfassers kann man ja vieles verstehen, aber in der Praxis liegen die Dinge doch etwas anders. Gek. stellt sich mit seinen Behauptungen auf den Standpunkt, daß, wer die Meisterprüfung bestanden hat, auch unbedingt Anspruch auf die Stelle eines Faktors hat. Dessen begünstigte Schritte interessierter Kollegen sind nun mit dem Bewußtsein, daß auch Charaktereigenschaften bei Befolgung von Faktorstellen maßgebend sein müssen, abschlägig beschieden worden.

Das Fragezeichen hinter diesen Satz des Kollegen Gek. und auch der zitierte Vers stellen eine nicht geringe Verdächtigung der maßgebenden Stellen betreffender Reichsanstalt dar. Die Entscheidung über Befolgung von Faktorstellen in genannter Reichsanstalt liegt in den Händen der Vertrauensleute und letzten Endes bei dem Personal selbst. Behauptungen in diesem Betriebe nicht ausgebildet. Da Gek. selbst, wie ich annehme, dort beschäftigt ist, muß ich, weil dieser Betrieb doch lozulagen sozialistischer ist — Mitbestimmungsrecht, vor allen Dingen auch in Befolgung von Faktorstellen; Arbeitererrat, Betriebsrat, Wirtschaftsrat sind mit vollen Rechten eingesetzt —, dies nicht beirrenden konstataren. Oder will Kollege Gek. mit seinen Anschuldigungen etwa ins Zielliche hineinstecken? Dann muß ich allerdings die Verantwortung ändern Stellen überlassen.

Noch zur Sache selbst. Hat sich Kollege Gek. den einen oder anderen der geprüften Kollegen schon einmal in Gedanken als Faktor vorgestellt? Auch er wird sich wohl eines kleinen Lächelns nicht erwehren können. Ich setze voraus, daß mir nicht etwa persönliche Voreingenommenheit oder Nichtanerkennung der Meinstille des einen oder andern nachgelagt werden. Aber gerade die Charaktereigenschaften bewirken doch wohl nur dieses kleine Lächeln. Auch in der Praxis zeigt sich sehr oft, daß auch bei geprüften Kollegen manchmal ein erstaunlicher Mangel an Intelligenz vorhanden ist. Also, werter Kollege Gek., in Zukunft lieber etwas weniger Egoismus, dafür aber mehr Vertrauen zu den gewählten Vertrauensleuten.
Berlin. P.

Zur Tarifberatung

Mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnung, seid wachsam!

Erinnert ihr euch der letzten Tarifrevision 1911, wo wir der Willkür der Prinzipale ausgeliefert wurden? Ist es damals doch vorgekommen, daß ein Gebillte, der 12 Pf. mehr als 3 Mk. über Minimum hatte, das bei einer Firma eingeführte „Märkte“ erhielt, während die allgemeine Erhöhung 2,50 Mk. ausmachte. Doch nicht so weit brauchen wir zurückzublicken, die Neuregelung der Lokalaufschläge im Februar d. S. brachte das gleiche Prinzip zur Anwendung. Es wurden hierbei zweierlei Lokalaufschläge in einem Orte geschaffen, in dessen die Prinzipale nur einen zur Verrechnung bringen.

Es ist ein Nobit, wenn Gebillten in besorgter Stellung — in der Regel bilden sie den Stamm des Betriebs, da sie diese schon seit langen Jahren bekleiden — auf indirekte Weise der mit ihnen vereinbarte Lohn gekürzt wird. Auf die Gerechtigkeit und Gerechtigkeitssitte der Prinzipale dürfen wir uns nicht mehr verlassen, denn die meisten von ihnen stützen sich nur noch auf die Abmachungen des Tarifauschusses. Darum, ihr mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnung, seid auf der Hut und wehrt euch mit allen Mitteln gegen solche Abmachungen und besetzt euch beiseiten mit dieser Frage! Auch ihr, die ihr einfaul und gerechtigkeitssittende Prinzipale habt. Der Neuanbau des Tarifs darf nicht mehr auf Kosten solcher Gebillten geschehen, die insolge vermehrter Arbeitsleistung einen höheren Lohn beziehen. Oder bezahlet die Prinzipale diese Löhne vielleicht aus Gerechtigkeit?

Nur Gerechtigkeit kann die Liebe zur Arbeit und zum Betrieb erhalten. Das mögen sich diejenigen Prinzipale in das Gedächtnis rufen, die den neuen Tarif abschließen. Eine Zurücklegung darf es nicht mehr geben! — c.

Soll und Haben der Provinz

In Anbetracht der gründlichen Neugestaltung des Tarifs ist es an der Zeit, daß sich auch die Provinz rühre und kund und zu wissen tut, wo sie der Schutz am meisten drückt. Es soll hiermit keineswegs gesagt sein, daß unsere Großstadtkollegen herrlich und in Freude leben, beläste nicht, die tragen ihr Päckchen für sich. Aber ein altes Sprichwort sagt: „Jeder kehre zuerst vor seiner Tür“, so soll das auch hier sein.

In der Staffellung und Höhe der Feuerungsanlagen, wie dieselben in den letzten Tarifabschlüssen festgestellt wurden, muß in Zukunft ein gerechterer, der Zeit entsprechender Ausgleich geschaffen werden. Es kann nicht mehr angehen, daß wir Provinzler in puncto Feuerungsanlagen immer mehr ins Hintertreffen geraten, wie dies bei der Regelung der Lokalaufschläge ein altes Ael ist. Haben unsre Gebilltenvertreter und in Frage kommenden Verbandsinstanzen sich dieser Kardinalpunkte bisher voll und ganz angenommen, so ist ein Vorwärtskommen in dieser Beziehung hauptsächlich an den ihren Gebillten gegenüber in der Praxis wenig sozial handeln Prinzipalen geknüpft.

Oewis steht es in einem Teil unsres Gewerbes nicht so aus, wie es sein sollte. Damit haben aber auch viele andre Berufe zu kämpfen. Daß aber die Provinz nicht das Land ist, wo Milch und Honig fließt, kann ich an einer Haushaltsfallistik zeigen, die im Augenblicke nur unvollständige Verhältnisse erfahren hat. Es kommt eine Stadt von 13000 Einwohnern in Betracht. Der Wochenbedarf einer vierköpfigen Familie (ein Kind im ersten und eins im dritten Lebensjahre) verlangt auf Grund der zur Verteilung gelangenden rationierten Lebensmittel unter Hinzurechnung kleiner Haushaltskosten die Ausgabe von Mark:

Milch	7,-	Prof	13,13
Ei	2,-	Stärke-Graß	1,80
Getreide	10,-	Ealz	0,60
Feuern	19,-	Gewürze und Öl	4,-
Franken	6,-	Milch für Kinder	17,15
Frankenversicherung	1,65	Gerichte	2,50
Verband	3,50	Kaff	5,-
Essen und Lebensver-		Mahl	2,-
starfakt	3,-	„Kornmehl	2,10
Recht	5,-	„Kornmehl	4,40
Speck	13,25	„Kornmehl	1,-
Margarine und Butter	5,85	„Kornmehl	2,40
Pharmacie	1,-	„Kornmehl	1,-
Zucker	2,10	„Kornmehl	1,-
Wichtiges Gemüse	9,50	„Kornmehl	1,-
Wohne Zohnen	5,-	„Kornmehl	1,-

Die vorstehenden Angaben vertragen jede kritische Nachprüfung. Es wird wohl von seiten der Prinzipale niemand behaupten können, daß ein gehobener Mensch bei diesen auf-

geführten Lebensmitteln an Fettigkeit leidet, oder das ein Arbeiter sich damit dauernd arbeitsfähig erhalten kann.

Dieser notwendigen Ausgabe steht ein Minimum von 1 Tonne und 1000 Liter (höchste Lohnklasse) einschließlich 5 Proz. Kohlenzuschlag gegenüber.

Man kann sich nun einen Begriff machen, wie sehr hinderliche Familien Entbehrung leiden müssen und wie es mit der Kleidung beschaffen ist, wenn der Lohn nicht einmal für die rationierten Lebensmittel ausreicht. Trotzdem aber das Geschrei über die hohen Löhne! Diesem faucht einmal einer von den klugen Prinzipalen mit einem Gehilfen oder ist vielleicht so freundlich und stellt nach seinen Lebensgewohnheiten eine Rechnung auf. Dieses und noch vieles mehr muß den Herren in Deutschland „Frakturdeutsch“ gesagt werden.

Die Forderung der Gehilfen muß also lauten: „Abbau der Preise zu einer erträglichen Höhe oder Gestaltung der Löhne so, daß sie dem Arbeiter das geben, um ein einigermaßen geordnetes Leben zu führen. Diese Forderung zu stellen ist der Arbeiter um so mehr berechtigt, weil in erster Linie er es ist, der wirklich produziert arbeitet und Werke schafft, wovon der nur sein „Sch“ kennende Kapitalismus der Kapitalisten ist. Daß die kapitalistische Wirtschaft abgelöst wird durch eine Gemeinwirtschaft, daran muß man sich halten und die Pflicht eines jeden Arbeiters sein. Dazu ist aber nötig Geschlossenheit und Einigkeit in Wort und Tat!

Kann.-Münden. Georg Finemann.

Mehr Berücksichtigung den Provinzler!

Soll jeder haben die Provinzkollegen bei den Tarifverhandlungen gleichmässige Berücksichtigung erfahren. Man solle nun endlich diesen Abfall abstellen. Seit den letzten Steuerungsulagen ist das höchste Berliner Minimum 250,50 M., während sich der Kollege in der Provinz mit 169,50 M. begnügen muß.

Mit was will man diesen Unterschied von 81 M. gerecht begründen? Für Obli, Gemille und die übrigen Lebensmittel zahlt man in der Provinz eher mehr. Liegt man ferner hier die Anzeigen der Großfabrikationen mit ihren erheblich billigeren Preisen in Beschleunigungs- und Wirtschaftskartellen, so kann man den Großstädter und alle durch den Tarif besser Stellen nur beneiden. Es gibt wohl keinen Großstädter, der mit einem Provinzler tauschen würde.

Die Steuerungsulagen sind doch dazu da, um einen Ausgleich mit den teuren Lebensverhältnissen zu schaffen; so aber, wie sie jetzt gestaltet sind, sind sie im höchsten Grade ungerecht. Die Provinzprinzipale lassen sich die jedesmaligen Druckpreiserhöhungen auch nicht gefallen, folglich können sie auch angemessene Löhne zahlen. Die Lohnerbhöhungen richten keinen Betrieb zugrunde, vielmehr haben die Provinzprinzipale stets einen größeren Vorteil gegenüber den Großstädterbetriebern.

In andern Berufen findet man nicht die bei den Buchdruckern übliche Stufung in soch ungerechten Maße. Es erhalten hier Zimmerleute und Holzarbeiter 200 bis 220 M., Zigarrenmacher 180 bis 220 M., Eisenbahnarbeiter 180 M., und übliche Vergünstigungen, aber wir armen Buchdrucker — — —? Die Gehilfenvertreter mögen sich unser bei den Tarifverhandlungen besser annehmen, denn wir müssen auch die gleichen Verbandsbeiträge zahlen, was bei solchem Lohn oft recht schwer fällt. Wir spezell war es nicht möglich, aus finanziellen Gründen die Bezirksversammlung zu besuchen.

Meine Ausführungen werden sicher von allen Provinzkollegen unterschrieben werden.

Wufferbautzen (Wosse).

H. P.

Arbeitslosigkeit und Lehrlinge

Nach wenige Wochen, und wir müssen uns endlich mit der Revolution des gekündigten Tarifs befassen. Mancher Paragraph wird eine Änderung erfahren. Unser Tarif ist mit dem Betriebsrätegesetz mehr in Einklang zu bringen, sind doch jetzt Bestimmungen enthalten, die dem Betriebsrätegesetz hindernd entgegenstehen.

Nach meiner Überzeugung muß der Paragraph 13 (Lehrlingsparagraf) des Tarifs eine gründliche Durchberaufung und Abänderung erfahren, da dieser ganz eng mit der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit verbunden ist. Der Arbeitsmangel wird auf Jahre noch merklich zu spüren sein. Die Lehrlingskata ist trotz großer Arbeitslosigkeit nie geändert worden; im Gegenteil, man hat sehr ausgiebigen Gebrauch zum Schaden der Gehilfen davon gemacht. Wieviel Lehrlinge werden wohl jährlich durch die Erntekaufleute mehr und oberdreht überhaupt noch mehr als zulässig eingestellt? Verbleiben uns nicht alle ausgewerkten Lehrlinge jetzt im Berufe, hingegen sehr viel früher kurz nach dem Auslernen zwei Jahre „Jum!“ auf dem Kaiserhof erbeulsten! Wenn schon in unserm Gau 250 Kollegen in andere Berufe abwandern mußten und keine Aussicht besteht, so bald wieder zurückzuführen zu können, warum ist man da in aller Höhe der Gala Lehrlinge ansetzen? Wieviel junge, vier Jahre gelehrte Kollegen werden wohl schon in ihrem ersten Gehilfenjahr entlassen?

Der Paragraph 13 Abs. 15 besagt, daß bei 3 Proz. Arbeitslosigkeit die Anzahl der Lehrlinge seitens des Tarifausschusses festgesetzt wird. Im Jahre 1918 hatten wir durchschnittlich 12 Proz. Arbeitslos, 1919 noch 8,7 Proz. Die Höhe schwankte, aber hat nie auf 3 Proz. herunter. Und in nächster Zeit wird, wenn nicht die Lehrlingszahl zurückgef. raubt wird, die Arbeitslosigkeit noch mehr zu fühlen sein, da keine Aussicht besteht, daß sich in unserm Gewerbe ein Umschwung schneller zeigen wird.

Es müßte genügen, der Lehrlingskata unter a, b und c eine gleichmäßige Form zu geben, da die Arbeitslosigkeit der Drucker in letzter Zeit stets zugenommen hat, wie auch der Stereotypen usw. Folgende Anzahl müßte genügen:

Bis zu 3 Gehilfen	1 Lehrling	} auf weitere 15 Gehilfen ein Lehrling mehr.
4-8	2 Lehrlinge	
9-15	3	
16-24	4	
25-35	5	

Wo zum Oktobertermin Lehrlinge eingestellt werden müßte das Tarifamt die früher schon gehandhabte Einwirkung wieder aufnehmen, daß größte Einschränkung in der Einstellung stattfindet. Ungleichs der großen Ausdehnung der Arbeitslosigkeit sollte sogar gefordert werden, daß zu Michaels 1920 kein Lehrling eingestellt wird.

Allerorts müßte eine genaue Feststellung der Lehrlinge vorgenommen werden. Meine Vorschläge dürften der strengen Arbeitslosigkeit wegen wohl nicht zu weitgehen.

Großenhain. M. R.

Rundschau

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Lichtdruck- und im Chemigraphengewerbe. Am 15. Juli d. J. sollte das Tarifamt für das Lichtdruckgewerbe gemäß früherer Vereinbarungen über weitere Steuerungsulagen verhandeln. Ferner war vereinbart, daß, wenn diese Verhandlungen zu keiner Verständigung führen würden, der zuständige Tarifausschuss bis Ende Juli einberufen werden soll. Im Chemigraphengewerbe lagen die Verhältnisse ähnlich. Die Verhandlungen im deutschen Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe verliefen jedoch ebenso resultatlos wie im Lichtdruckgewerbe. In beiden Fällen stehen die Unternehmer nicht nur jedes weitere Entgegenkommen vermissen, sondern sogar eine Abänderung der bestehenden materiellen Vereinbarungen zum Nachteil der Gehilfen. Und im Lichtdruckgewerbe verliefen auch die Verhandlungen des Tarifausschusses vollständig ergebnislos. Die Unternehmer klügten ihr abnehmende Haltung auf die schlechte Lage im Gewerbe, und die Gehilfenvertreter machten für diese ungünstigen gewerblichen Verhältnisse in erster Linie die Preisbildung des Unternehmertums verantwortlich, während die Unternehmer den sinkenden Export auf das Steigen des Marktkurses zurückführten. Nun sollen auf Wunsch der Gehilfenvertretung die brüchigen Schlichtungsausschüsse die Meinungsverschiedenheiten zu klären suchen und durch entsprechende Schiedssprüche den Gehilfen zu ihrem Rechte verhelfen. Die „Graphische Presse“ vom 6. August erwartet von diesem Vorschlag den Nachweis, auf welcher Seite das Recht liegt und gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Befolgung dieser Entscheidungen es beiden Seiten leichter machen wird, auch fernerhin durch Tarifvertrag die Entwicklung des Gewerbes zu gewährleisten. Bezüglich der geschickerten Verhandlungen im Tarifamt der Chemigraphen und Kupferdrucker ist die „Graphische Presse“ der Auffassung, daß durch die Ablehnung des geforderten Lohnausgleichs die Vermittlung Berechtigung habe, wonach die Unternehmer die Gehilfenchaft zu einer Arbeitseinstellung, probieren wollten, damit dann auf diesem Wege die wiederholt geforderte Entisierung angeblich überzähliger Arbeitskräfte vor sich gehen könnte. Demgegenüber müßte die Gehilfenchaft ruhig Blut bewahren und sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Dem Willen der Unternehmer muß der einseitige Wille der Arbeiter entgegenstehen, der sich nicht dazu gebrauchen lasse, die Geschäfte der Unternehmer zu belagern!

Einheitsfront der deutschen Arbeiterchaft gegen den Imperialismus. Der 7. August 1920 wird in den Annalen der deutschen Arbeiterbewegung, und zwar der gewerkschaftlichen wie der politischen, ein Gedentag erster Ordnung sein. Denn unter diesem Tage haben die großen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterchaft durch einen gemeinsamen Aufruf den Bund der deutschen Arbeiter und Sozialisten eine Einheitsfront gegen jeden Versuch bilden, Deutschland in einen neuen Krieg hineinzuschieben oder deutschen Boden als Aufmarschgebiet für einen solchen zu mißbrauchen. Der Aufruf richtet sich in der Hauptsache gegen die Veruche der imperialistischen Ententemächte, die deutsche Neutralität gegenüber dem Polnisch-Russischen Krieg zu brechen und hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter! Sozialisten!

Von Tag zu Tag mehren sich die Gerichte, daß Ententetruppen am Rhein zusammengezogen, daß dort Kriegsmaterial und Lebensmittel angehäuft werden, die dazu bestimmt sind, in dem durch Schuld der polnischen Regierung entsetzten Polnisch-Russischen Kriege die Polen gegen die russischen Roten Armeen zu unterstützen.

Erzwung die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland als Kriegsschauplatz wird.

Die deutsche Arbeiterchaft muß dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, den Versuchen der Ententemächte, Truppen, Kriegsmaterial und Munition durch deutsches Gebiet zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr bereits erkannt und die größte Wachsamkeit gezeigt. Sie dürfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterchaft sicher sein.

Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sind und sie bekräftigen.

Galtet euch bereit! Doch die internationale Solidarität des Proletariats!

Berlin, den 7. August.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kommunische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Damit haben die führenden Instanzen der größten und maßgebendsten deutschen Arbeiterorganisationen den vielen Millionen Mitgliedern dieser Organisationen aus dem Herzen gesprochen und die Einigkeit der deutschen Arbeiterchaft in einer Lebensfrage des gesamten deutschen Volkes dokumentiert, und zwar gegenüber den Machtgeheißten des imperialistischen Imperialismus. Greiflicherweise haben sich dem gleichen Gedanken die englischen Arbeiter schon angeschlossen, ehe noch dieser offizielle Aufruf der deutschen Arbeiterchaft an sie ergangen ist, was auch schon seine Wirkung auf die Haltung der englischen Regierung ausgeübt hat, indem diese sich eher sehr vorsichtigen Zurückhaltung befleißigt und den französischen Machtgeheißten immer weniger Entgegenkommen zeigt. Für die deutsche Arbeiterchaft ist damit viel gewonnen. Wie neuere Berichte melden, haben die Führer der in den Reichs-Bund der Gewerkschaften zusammengeschlossenen deutschen Arbeiter eine ähnliche Kundgebung vorberichtet. Die Bedeutung und Tragweite dieser Kundgebungen werden von uns noch in anderem Zusammenhang gewürdigt werden.

Betriebssergebnisse. Die Köbner Verlagsanstalt und Druckerei H. G. verzeichnet für das letzte Geschäftsjahr einen Reingewinn von 74195 M. — Die Maschinenfabrik Rochstrof & Schneider in Dresden-Selbenaucht für 1919/20 einen Reingewinn von 615593 M. und zahlt davon 14 Proz. Dividende aus.

Der „noskeibende“ Zwischenbuchhandel. Nach Berichten der Tagespresse halbe die große Kommissionsverlagsfirma Kiebler & Volkmar in Leipzig im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 246120 M. Das Betriebskapital belief sich nach Angaben eines der Inhaber auf rund 2,5 Mill. M., hat also im Jahre 1919 eine zehnprozentige Verzinsung gebracht. Trotzdem markierte aber die Firma nach Berichten der Einzelhändler im Buchhandel ihrem Personal gegenüber den armen, geschlagenen Mann, der sich über die übertriebenen Forderungen der Gehilfenchaft zu beschweren hat und nicht einmal genug zu leben hätte, wenn diese Forderungen erfüllt werden müßten.

Öffentliche und gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung. Auf eine Beschwerde des Verbandsvorstandes des Textilarbeiterverbandes wegen der, damit dort noch vorkommenden Unterstützung der gewerkschaftlichen Unterstützung und die öffentliche Arbeitslosenunterstützung hat das Reichsarbeitsministerium am 27. Juli d. J. unter S. C. 2857/20 folgenden Bescheid erteilt: „Die Reichsregierung hat beschlossen, Unterstüßungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder zahlen, künftig nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. Ich habe die Regierungen der Länder gebeten, die Gemeinden mit entsprechender Stellung zu versehen, falls bei den Ländern keine Bedenken gegen die Durchführung dieses Beschlusses bestehen. Ich beabsichtige, in die nächste Novelle zu der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge eine ausdrückliche Bestimmung einzufügen.“ Nach diesem Bescheid ist demnach ein Abzug der gewerkschaftlichen Unterstüßung bei Berechnung und Auszahlung der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln nicht mehr zulässig.

Zum Wiederaufbau des Leipziger „Volkshauses“. Bekanntlich ist im Verlaufe der Abwehraktion der organisierten Arbeiterchaft gegenüber der Appellenswelle im März d. J. das folge Heim der Leipziger Arbeiterchaft, das „Volkshaus“, das Opfer sinnloser Verbrüderung geworden. Fast die gesamte Leipziger Arbeiterchaft hat für den Wiederaufbau schon große Opfer gebracht, aber die erforderlichen ungeheuren Summen können leider von ihr nicht allein aufgebracht werden. Aus diesem Grunde appelliert das Leipziger Gewerkschaftskartell an das Soldaten-Gefühl der gesamten deutschen Arbeiterchaft und bittet um freiwillige Spenden, damit die Last für die Leipziger Arbeiterchaft nicht zu groß wird, und zwar durch Einzelnung in die entsprechenden Sammelstellen der örtlichen Gewerkschaftskartelle. Wir bitten die Kollegenchaft, auf dieser Sammlung ebenfalls ihr Scherlein beizutragen! Im Interesse der Einheitslichkeit der gewerkschaftlichen Solidarität und eines zwecklossten besseren Resultats dieser Sammlung helfen wir es als zweckdienlich betrachtet, wenn das Leipziger Gewerkschaftskartell den Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in dieser Frage um die Veröffentlichung eines offiziellen Aufrufs an die deutsche Arbeiterchaft ersucht hätte.

Ein konsumgenossenschaftliches Seebad. Im vorigen Jahre wurde in der Genossenschaftswoche über Bestrebungen berichtet, die Christen des herrlichen Nordseeabades Westerland auf breitere Grundlagen zu stellen, um sie den kommenden Gefahren gegenüber zu sichern, und der Tatsache gedacht, daß der Konsumverein Westerland dabei hilfreiche Hand leisten wolle. Was der Verein verpaid, hat er gehalten. Mit allen Einrichtungen der Eigenproduktion versehen, eröffnete er am 18. Juli sein Vereinshaus, das mit seinen Preisen für Verpflegung Preise setzen will in die reichlich hohen Verpflegungspreise. Es besteht kein Zweifel, daß es ihm gelingen wird, allmählich seine Gäste vom Seebad an sich zu ziehen, die vielleicht schon lange nach einem Aufenthalt in einem die Gesundheit fördernden

Seebade hungerten, denen es aber nicht möglich war, die wucherlich in die Höhe geschraubten Kosten für Verpflegung aufzubringen. Ungemein günstig gelegen, innen und außen schön und zweckmäßig ausgestaltet, wird das Vereinshaus der Westfälischer Konjunkturgenossenschaft die Gäste sehr können, von der eine Gesundung der Preisverhältnisse in Westfalen ausgehen kann. Der Konjunkturverein Westfalen hat keine Mähe und Kosten gescheut, um alle Voraussetzungen für diesen Prozeß zu schaffen. Der Verein hat inmitten einer Gemeinde von 4000 Einwohnern eine Mitgliederzahl von 900 Personen mit einem Umlauf von gegenwärtig 5 Mill. Mk. Er hat an Eigenproduktbetrieben: eine Bäckerei, Fischzucht, Schmelzerei, Schuhmacherwerkstatt und einen recht ansehnlichen landwirtschaftlichen Betrieb mit der einzigen Mühle der Insel Enst. Dazu kommt jetzt das Vereinshaus als Verpflegungshaus für die Sommergäste vom Festlande. Der Konjunkturverein Westfalen ist der einzige deutsche Konjunkturverein, der einen Geschäftsanteil von 1000 Mk. hat, den die Mitglieder willig gewähren, eingedenk der ganz besonderen Wünsche, die sie sich selbst als Mitglieder einer Konjunkturgenossenschaft in einem von der Natur ungemein begünstigten Seebad auferlegen.

Erwachende Agrarschutztruppen. Im Kreise Templin halten sich die Agrarier eine Schutztruppe von entlassenen Soldaten zugelegt, die etwaige Lohnkämpfe der organisierten Landarbeiter mit Gewalt unterdrücken sollten. Nun ist es jedoch schon mehrfach ganz anders gekommen. Als nach kurzer Zeit die betreffenden "Schutztruppen" merkten, zu was für verwerflichen Zwecken sie mißbraucht werden sollten, drehten sie den Stiel um und stellten selbst Lohnforderungen an ihre "Gebietler", und zwar unter Androhung von Wassergewalt, weil sie das zum größten Teil von ihren agrarischen Befehlshabern so gelernt hatten. In manchen Fällen kam es schon zu schweren Zusammenstößen, und einige der Feldherren der agrarischen Schutztruppen wußten sich nur durch die Flucht vor Prügelein ihrer eignen Schutztruppen zu retten.

Verschiedene Eingänge

"Schulische Mitteilungen." Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenhersteller Deutschlands, Nr. 7 (159). Jährlicher Zeitschrift bei postfreier Zustellung 3 Mk., Einzelnummer 25 Pf. Bestellungen an Ferdinand Seidel, Charlottenburg 1, Königin-Luise-Str. 15.

"Mitteilungen." Herausgegeben von der Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands, Nr. 3. Ebenfalls Jahrgang, Zusteller für die "Mitteilungen" an Richard Pfeiffer, Berlin SW 48, Friedrichstraße 13.

"Wirtschaftliche Arbeiten für Grundbesitzer und Berufsberatung." Von Dr. Felix Giese. Verlag von Wendt & Knaumel in Langensalza. Preis 5 Mk.

Briefkasten

W. O. G. in Nr. 2: Artikel ist angenommen; ob er schon in Kürze gedruckt werden kann, müßten wir beizumessen, aber eine so gründliche Abklärung wie der in Nr. 85 erfolgt, ist keinesfalls möglich.

Es nur in Wäbe und in Kürze über ein zeitgemäßes Thema wieder vor sich hören. — **W. D.** in Nr. 2: **Cepiant** ist viel, Ausübung richtig ist nach den Kamerabehältnissen in erster Linie. — **A. G.** in Nr. 2: **Nil** wieder sehr dankbar aufgenommen worden. — **A. G.** in Nr. 2: **Kommt** demnach mit an die Reihe. — **Bach** **Herrn**: Ihre Fremdwörterkunde in dem zweiten und dritten Artikel der Nr. 86 sowie in dem ersten Geistesartikel ist einfach übertrieben. Die betreffenden Verfasser würden sich nicht wenig wundern über Ihre Streiche, die unbegrifflichweise nicht einmal halbwegs für deutsche gekennzeichneten Äußerungen, die doch überhaupt keinerlei Veränderung zulaufen. Außerdem sind Ihre Verbeugungen nicht immer richtig. — **M. J.** in Nr. 2: **Es** ist nicht möglich, in einem Umlauf am 10. August eingehenden Verlangensübersicht einen Einspruch auf einen am 14. August stattfindenden Vortrag bringen zu wollen. Es sind immer einige Dutzend von Verlangensberichten im Manuskript oder im Satz vorhanden, deren Aufnahme nach dem Eingange bei der Redaktion erfolgt und natürlich auch je nach den Kamerabehältnissen. Wir bitten also im allgemeinen von solchen Einsprüchen in Verlangensberichten abzulassen, da sie gar nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt erscheinen können. — **S.** in Nr. 1: **Es** glaubt eben niemand, wie leicht eine Gile erreicht wird, wenn etwas von Belang zu berichten und zu erörtern ist. Auch hier müßten die Verträge erst kritische Reaktionen von denen, jedoch in unserem Zusammenhang nicht gesprochen werden kann. **2.** **Es** wird nun alles in Ordnung sein. **3.** Das war eine außerordentlich schöne Sache. — **S. A.** in Nr. 2: **Was** **Es** jenem Artikelverfasser zu sagen haben, wird aufgenommen. Es müßten doch auch wiffen von der Generalversammlung (siehe Nr. 69), daß die Redaktion wirkliche Ablehnungen nur in ganz seltenen Fällen (von Würzburg die Nürnberg etwas über 3 Proz. der Einsendungen) vornimmt. Dann muß es sich schon um recht ungenügende Sachen handeln. Warum also Rückporto bei eventuellem Ablehnung befragen? Es ist doch selbstverständlich, daß eine verlangte Rückendung von uns frankiert erfolgt. Wenn wir Ihnen nur die 40 Pf. wieder auferlegen, kostet das uns 40 Pf. Wir werden Sie also für einen andern Fall zur Verfügung stellen. — **A. & M.** in Nr. 2: **Müssen** 60 Pf. Strafporto zahlen, weil gar nicht frankiert; wird mit in Rechnung gestellt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamskopplag 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

Satz Mitteilungen. Ihre verschiedenen Funktionen, vorliegende wie Kassierer, werden gebeten, wegen der vom 16. August bis 19. September auf dem Gauseureau entstehenden Ferien sich nur auf die unbedingt notwendige Korrespondenz beschränken zu wollen.

Bezirk Mittelweser. Der Seher Adolf Moller aus Harbheim 1. Kam. (Hauptbuchnummer 54563), bis 8. Mai 1920 in Sollau in Nordhild, dann angeblich abgereist nach Nienburg (Weser), wird durch seinen Aufenthalt dort dem Bezirkskassierer Fr. Haer, Verden (Aller), Brunnenweg 63, mitgeteilt.

Bezirk Ostb. (Delegiertenwahl zum Gauseureau.) Gewählt wurden die Kollegen: Püsch, Schimpf, Aros (Görlich), Keller (Weißwasser).

Bezirk Ostb. (Delegiertenwahl zum Gauseureau.) Als Vertreter wurden gewählt die Kollegen: Reinhard Mal (Kahlbühl), Wilhelm Bogler (Kahlbühl), Walter Mischke (Kahlbühl), Oswald Zehle (Kahlbühl) als Stellvertreter die Kollegen: Joseph Gröndel (Kahlbühl), Franz Wegener (Kahlbühl).

Bezirk Ostb. (Delegiertenwahl zum Gauseureau.) Es wird um Einbindung der Monatsbeiträge ersucht.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat Juni 1920.
Auf der Rolle: 78 Mitglieder.

Am Orte: Reiseunterstützung erlitten: 834 Mitglieder, Ortsunterstützung erlitten: 2083 Mitglieder.

In Arbeitslosenlagern, für die Unterstüttung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungskategorie	In der Reiseunterstützung		In der Arbeitslosenunterstützung		In der Ortsunterstützung		Unterstützungssumme
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	61	958	691	14137	1568	32669	47764
Masch.-S.	2	9	4	87	26	464	560
Drucker	13	192	225	4209	442	8327	12728
Stereotyp.	2	32	11	151	24	440	623
Galvanoplast.	—	—	1	27	8	138	165
Korrektoren	—	—	1	28	7	99	127
Faktoren	—	—	—	—	10	156	156
Schriftföhrer	—	—	1	21	—	—	21
Stempelföhrer	—	—	—	—	3	42	42
Gesamt	78	1191	934	18660	2083	42335	62186

Arbeitslos verblieben am 30. Juni 1920: 2037 Mitglieder.

In Unterstüttungen wurden gezahlt:

Reiseunterstüttung:
an 78 Mitglieder für 1191 Tage 1555,55 Mk.

Reiseunterstüttung am Orte:
an 934 Mitglieder für 18660 Tage 18.660,— Mk.

Ortsunterstüttung:
an 621 Mitgl. für 12408 Tage a 1,25 Mk. = 15510,— Mk.
" 1291 " " 26324 " a 1,75 " = 46067,— " " 176 " " 3603 " a 2,— " = 7206,— "

zusammen 68783,— Mk.

Ensgesamt wurden im Monat Juni gezahlt:

1920: 88998,55 Mk. für 62186 Tage

1919: 110708,30 " " 71068 " "

weniger 1920: 21709,75 Mk. für 8882 Tage

Gesamtausgabe im zweiten Quartal (April bis Juni):

1920: 266188,05 Mk. für 185926 Tage

1919: 405365,95 " " 260383 " "

weniger 1920: 139177,90 Mk. für 74457 Tage

(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Adressenveränderungen

Burg b. M. Vorsitzender: Maximilian Steffenhagen, Jerdler Chaussee 2.
Greifenthal i. Th. Vorsitzender: Willi Pasarik, Mühlbrücke 7.

Verammlungskalender

Stes. Maschinenmeister-Vermammlung Sonnabend, den 14. August, abends 7 1/2 Uhr, bei Karl Becker, Ecke Mittelstraße und Rellingsbauerstraße.
Meißen. Maschinenmeister-Vermammlung am Sonntag, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr, im linken Volkshausaal.

Typographische Vereinigung Berlin

Ihre Resolutionsände der "Typographischen Mitteilungen" aus den Jahren 1913—1918 empfehlen wir unsern Kollegen zum Ankauf. Jahrgang 1913—1918 Einzelheft 30 Pf., Jahrgang 3 Mk.; Jahrgang 1917: Einzelheft 60 Pf., Jahrgang 6 Mk. Einzelhefte vom Jahrgang 1918: 60 Pf., Heft 8/9 vergriffen. — Kalender von 1919 zum Preise von 1,50 Mk. zu beziehen durch die Verwaltung: Franz Engel, Kreuzbän, Böbmitische Straße 611.

Auf die hohe Kante

Können Sie manche Macke sehen, wenn Sie in Ihrem Bekanntenkreis, im Verein oder in der Druckerlei den Betrieb meiner gutbesonnenen und ausprobierten Tabakfabrikate übersehen. Gewerdliche Nachbestellungen beweisen die Vorratsstärke meiner Fabrikate. Kein überflüssiges Tabakpfund von 25 Mk. an. Zigarren: Serie I 100 St. 60 Mk., Serie II 100 St. 70 Mk., Serie III 100 St. 80 Mk. (Güldenber), Serie IV 100 St. 90 Mk. (D. B.), Serie V 100 St. 120 Mk. Bestehen Sie noch heute. Hohe Verdienstmöglichkeit für den einzelnen: große Einnahmen für Vereine. Nehme die Ware zurück, wenn nicht gefüllt, bis jetzt noch nicht vorgekommen, da nur Qualitätsware zum Verkauf gelangt. Deutsche und englische Zigaretten zum Tagespreis. (715)
Sugo Dschab, Berga (Elster), Mitgl. d. B. d. D. B.
50 Proz. Kriegschadigter.

Linothypsetzer

Koff, korrekt, gute Maschinenkennung, stellt sofort gegen hohen Lohn ein
Vertragsanfall, "Deutscher Morgenpost", Deutzen (D. Sch.).

Buchdruckmaschinenmeister

im Mehrfarbendruck firm, mäßigst der polnischen Sprache mächtig, findet sofort Stellung.
Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. Marks, Altkal (D. G.).

Rotationsmaschinenmeister und Stereotypen

Zur Ausschleife für 14 Tage wird selbständig
Rotationsmaschinenmeister und Stereotypen
gesucht.
Angebote erbeten an
S. Friedrich ("Eisenacher Zeitung"), Elfenach.

Junger Linothypsetzer

mehrfährige Praxis, mit einfacher und Mehrmagazin-Maschine vertraut. Lust sich möglichst bald nach Norddeutschland zu verändern. Zur Zeit in ungenügender Stellung im Rheinland. Off. u. Nr. 908 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schnellpresse

41: 56, bestens erhalten, sofort lieferbar, preiswert abzugeben. (887)
Begner & Moll, Düsseldorf.

Zwei Typograph-Schneidmaschinen

wie neu erhalten, abzugeben. (907)
Begner & Moll, Düsseldorf, Graf-Wolff-Str. 112/2.

Eine Probe

meines in Kollegenkreisen beliebten reinen **Aberfeldtabaks** (Feinstchnitt pro Pfund 30 Mk., Mittelchnitt 28,50 Mk., Grobchnitt 27 Mk.).
Ia-Qualität (880)
fein und aromatisch im Geschmack führt zur Dauerhaftigkeit.
Ia-Qualitätszigarren 70, 80, 90, 100, 120 Pf. das Etwa.
Ia-Sigarettens von 45 Pf. an.
Bei Mehrabnahme erhalten Kollegen Preisermäßigung.
Paul Horn, Westerbürg a. d. S., Oberallendorf 17 II. (Mitgl. d. B. d. D. B., Schertrietgsbeschädigter Maschinenher).

Maschinenband

Friedensqualität, liefern (863)
Begner & Moll, Düsseldorf, Graf-Wolff-Str. 112.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Auskünfte durch die
Ausschussmitglieder **Barmen.**

Reparaturen, Montagen

an sämtl. Maschinen des graph. Gewerbes werden gut u. billig ausgeführt. Vierzehnjährige Erfahrungen, reelle Schönmeyer, A. Lorenzen, Düsseldorf-Unterrath.

Maschinenföhrervereinigung im Gau Dresden

Sonntag, den 15. August. (929)
Haidepaziergang

Treffen nachmittags 1 Uhr im "Waldrichhagen". — Nachdem anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Vereinigung gefälligst Bekanntheit mit dem Umlauf und Gelangensbüchern (Mitglieds des Dresdener Buchdrucker-Gelangsvereins) im "Waldrichhagen". — Bei Regenwetter 5 Uhr abends.
Schriftliche Befelligung erwünscht. Gäste willkommen. Der Vorstand.
N.B. Sonntag, 5. September, 10 1/2 Uhr: Vermammlung.

Keine Preiserhöhung

10 Proz. monatliche Abzahlung
Neues Wilhelm-Busch-Album 120 Mk.
Kleines W.-Busch-Album . . . 36 " "
G. Keller, Ges. Werke, 5 Bde. 120 " "
H. Angenrader, Ges. W., 4 Bde. 160 " "
H. Schmidt, Werke, 5 Bde. 160 " "
H. G. Müller, Werke, 10 Bde. 222 " "
H. G. Strindberg, Werke, 5 Bde. 200 " "
H. G. Schönmeyer, 1 Bd. 60 " "
G. Hauptmann, Samml. W., 6 Bde. 150 " "
G. S. Otto & Co., Berlin-Nichtersfelde.



Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

Volkshilfsorga

Gewerkschaft. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktivitätsgesellschaft
Hamburg 5
überall eingeföhrt wird. Melder auch bei derselben als Mitarbeiter und fördert weitere Auskunf.

Wiedertafel „Gutenberg“ von 1877, Hamburg-Altona

Sonntag, 15. August 1920
Sommerfest im Alt-Wellbrook
Näheres siehe „Mitteilungen“.

Achtung Gänger! Die nächste Übung im wegen der Generalversammlung am **Sonabend**, den 14. August, 7 1/2 Uhr, verlegt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet (930)
Der Vorstand.

Kollege — auch Schweißfuß?

Mein Bruder hilft! Beutel 1,50 Mk., große Streuböde 3 Mk., leicht Nachtragsgelöhner.
Paul Schulz, Berlin O 17, Köpenicker Str.

Paul Griebach

aus Breslau, im Alter von 62 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Bezi. Assezen Breslau.

Robert Silanthe

aus Friedland, im eben vollendeten 49. Lebensjahre. Mit dem Tabakgeschleichen verliert er einen Kollegen, der seine Kraft stets in den Dienst der Organisation gestellt hat.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Angelegenheiten wollen Interessenten der Textileparität wegen den Betrag gleich mit beibringen; bei Schlichtungen unter gleichem Betrag kein Stadinsolgeb, sondern Briefmarken.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingekummert 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 89. — Leipzig, den 12. August 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabends früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Gau Dresden

(Ordentliche Hauptversammlung am 25. Juli 1920 in Dresden)

Anwesend waren 35 Delegierte vom Vororte, 33 aus dem übrigen Gau. Es fehlten ein gewählter Vertreter aus dem Wahlbezirk Meissen und einer aus dem Wahlbezirk Pirna; hier wählten einige Druckorte irrtümlich mit dem Vororte, so daß Pirna von diesen Orten zu wählenden Vertretern einbüßte. Der Gauvorstand war vertreten durch den Gauvorsteher, dessen Stellvertreter und den Stellvertretenden Verwalter. Der Gauvorstand Leipzig hatte auf Einladung den Kollegen Stürz erkrankt.

Nach begrüßenden Worten an die Erklärtenen gedachte Wendische unserer gefallenen und verstorbenen Mitglieder. In den Kriegsjahren 1914 bis 1919 fielen aus dem Gau 287 Kollegen, vermißt werden noch 52. Geforschten sind 1918 und 1919 zusammen 70 Kollegen, darunter auch unser verdienter Gauverwalter Hermann Steinbrück, den der Tod in den Stielen ereilte.

Die Versammlungsleistung wurde um zwei Schriftführer vergrößert und eine leibnaltige Kommission gewählt zur Vorbereitung der Tagesorder, der Befolgung der Angelegenheiten und der Entscheidung an den Gauvorstand.

Die Tagesordnung umfaßte 17 Punkte.

Der Jahresbericht lag gedruckt vor, so daß sich die beiden Berichterstatter hierzu (Gauvorsteher Wendische und Stellvertreter Gauverwalter Schröder) kurz fassen konnten. Kollege Wendische zog in den Kreis seiner Betrachtungen die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen seit 1918, die Entschärfung der Feuerungsanlagen und die Schwierigkeit ihrer Durchführung besonders in der Provinz, die Arbeitslosigkeit mit ihren drückenden Folgen und die Maßnahmen des Gauvorstandes zu ihrer Behebung und Linderung, die Beibringungsordnung und die Beibringungsorganisation, die Ferienfrage und die bevorstehende Tarifveränderung. Gerade die Tarifveränderung werde uns vor so schwierigen Aufgaben stellen, daß wir zu ihrer Lösung alles Trennende beiseite lassen müßten. In diesem Sinne habe der Gauvorstand sein Amt verwaltet, und er hoffe, dafür Verständnis bei allen Mitgliedern zu finden. Kollege Schröder erwähnte in seinem Bericht ebenfalls Worte der Anerkennung und des Dankes dem verstorbenen Gauverwalter Steinbrück sowie den Mitarbeitern, die die Arbeitslosigkeit bewältigen halfen. Den gedruckten Kasernenbericht ergänzte er bezüglich der Ausgaben, die die große Arbeitslosigkeit verursachte, und die den Vorstand bewegten, der aus der Provinz geforderten Beitragsherabsetzung nicht zu entsprechen. Dieser vorläufigen Kasenebertragung ist es zu verdanken, daß wir alle Schulden aus der Kriegszeit tilgen konnten. Die Mitgliederzahl am Ende des ersten Vierteljahres 1920 betrug 2624.

In der Aussprache erkannte Kollege Giebler (Dresden) die langjährige Tätigkeit des Gauvorstehers an, obwohl es oft an der Einsicht für die allgemeinen Verhältnisse gefehlt habe. Besondere Kritik erfordern die Lohnverhältnisse, die trotz Tarif- und Arbeitsgemeinschaften unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gebessert würden. Der Verband müsse deshalb seine Tätigkeit auf die Befestigung dieser Wirtschaftsordnung einstellen. Die Tätigkeit des vorwärtsstrebenden Teiles der Kollegenschaft habe Kollege Wendische in seinem Bericht übergegangen. Diesen Kollegen sei durch die Verhältniswahl gerechte Vertretung in allen Ämtern usw. zu ermöglichen. Kollege Giebler forderte vom Goutage Stellungnahme zur Frage der Pressefreiheit und brachte nach weiteren Ausführungen über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders in Rußland, eine mit lieben Unterschriften versehene Entschließung ein, die der russischen Arbeiterklasse im Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus vollste Sympathie bekundet und verpflichtet, durch die Tat solidarisch zu handeln. Diese Entschließung wurde nach Schluß der Aussprache gegen zehn Stimmen abgelehnt. Die übrigen Redner wandten sich zum größten Teil gegen Giebler und seine Entschließung. Kollege Freitag stellte fest, daß der Goutage auf dem Boden der Entschließung steht, die von der Nürnberger Verbandsgeneralversammlung gefaßt worden ist. Die Tätigkeit des Gauvorstandes wurde im großen und ganzen aufgegeben. Die Kollegen Kasse (Madebent), Lehmann (Meißen) und Sen (Pirna) kritisierten die Einteilung der Wahlbezirke zur Goutagewahl. Ihnen schloß sich Kollege Lieder (Zittau) an, der außerdem bessere Fühlung mit den Bezirken forderle und verlangte, daß die Ferien nicht nach der Beschäftigungsdauer, sondern nach dem Berufsalter gewährt werden. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit müßte die Beibringungsfrage herabgesetzt werden. Die gleiche Forderung stellte Kollege Rückauer (Großenhain), der sich auch noch gegen das Verkürzungsarbeiten wendete. Diese Frage wurde besonders eingehend von den Dresdner Delegierten Richter, Krumm diegel, Baumeister, Graue und Weißer sowie Stürz (Leipzig) behandelt, weil Dresden am meisten unter dem Verkürzungsarbeiten leidet. Angeregt wurde außerdem zur Tarifveränderung ein Antrag auf Bezahlung der ersten drei Krankheitsstage und der Gänge zum Arzte. Kollege Kischkischmidt (Freiberg) betonte, daß die Provinzkollegen solange an der Tarif- und der

Arbeitsgemeinschaft festhalten, bis an ihre Stelle dauernd etwas Besseres gesetzt werden könne. Kollege Richter (Dresden) erwähnte im Berichte des Gauvorstehers die Stellungnahme des Gauvorstandes zum Abzuge der Gewerkschaftsunterstützung von der Gewerkschaftsunterstützung und zur Frage der Erwerbslosenunterstützung überhaupt.

Im Schlußwort ging Kollege Wendische auf die Anregungen und Wünsche der Aussprache näher ein. Für das Verkürzungsarbeiten, gegen die Beibringungsordnung und gegen die Ferienbestimmungen seien die Prinzipale so eingenommen, daß es gegenüber ihrem mangelnden guten Willen dem Gauvorstande nicht immer möglich sei, die berechtigten Forderungen der Gehilfen durchzubringen. Kollege Schröder erläuterte die Maßnahmen des Gauvorstandes gegen den Abzug der Gewerkschaftsunterstützung von der Erwerbslosenunterstützung.

Der Antrag der Redner auf Richtsprache der Jahresrechnung und Entlastung des Verwalters fand einstimmige Annahme.

Nach kurzer Geschäftsordnungsbeschlusse beschloß der Goutage gegen sechs Stimmen, den Punkt 3 (Besprechung der Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes) vorläufig von der Tagesordnung abzulehnen.

Zu Punkt 9 wurde auf Antrag der Mitgliedschaft Raumbuch beschloßen, Raumbuch dem Gau Leipzig anzugeben. Kollege Stürz (Leipzig) stimmte dem mit einigem Vorbehalte zu.

Punkt 8: Kollege Einhellinger (Wilschdorf) begründete den Antrag seiner Mitgliedschaft, die „Mitteilungen“ des Gaus als regelmäßiges Mitteilungsblatt und „als Sprachrohr der Provinz“ auszubauen, außer der im Antrage selbst gegebenen Begründung u. a. auch damit, daß der „Korr.“ Artikel aus der Provinz nicht oder nur verstimmt Aufnahme (eine starke, nicht beweisfähige und durch die vielen Provinzartikel widerlegte Behauptung, Red.), fand aber schon der Kostenfrage wegen selbst bei den Vertretern der Provinz keine Zustimmung, obwohl gewünscht wurde, die „Mitteilungen“ in verschiedener Hinsicht zu verbessern. Kollege Edel (Dresden) sprach im Namen seiner Freunde auch noch deshalb gegen den Antrag, weil von den ausgegebenen „Mitteilungen“ unter den letzten Verhältnissen ebenfalls wenig Erfolg für die Provinzkollegen zu erhoffen sei, wie vom „Korr.“ selbst, und empfahl den Provinzkollegen, sich mit ihren Wünschen an den „Graphischen Bloß“ zu wenden. Der Antrag wurde, nachdem sich noch einige Redner gegen den Antrag und gegen die Empfehlung Edels, besonders aber gegen die geschäftliche Kampfwelt des „Graphischen Bloß“ gewendet, gegen eine Stimme abgelehnt.

Punkt 7: Bauhen beantragte, aller zwei Jahre und vor jeder Verbandshauptversammlung einen Goutage einzuberufen. In der eingehenden Begründung führte Kollege Jaesche (Bauhen) u. a. Sparmaßnahmsmaßnahmen an sowie die Notwendigkeit, die Provinzkandidaten zur Verhandlung besser kennen zu lernen und mit deren Wahl der Provinz mehr Einfluss auf die Taktik im Verbands zu geben. Die ausgesuchte Aussprache, in der die Gegenseite in der Provinz deutlich in die Erscheinung trafen, sagte Kollege Wendische dahin zusammen, daß es nicht möglich sei, den Gaumitgliedern das Mitbestimmungsrecht im Sinne der Bauhen Anträge zu bestreiten. Die Provinz müßte sich bei Aufstellung der Kandidaten einigen. Anzuträglichkeiten bei der Wahl werde die neue Wahlordnung des Verbandsvorstandes verhindern. Die Anträge wurden gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Punkt 5 und 6 behandelten die vom Gauvorstand angebotene und die vom Meißner Bezirke geforderte Erhöhung der den Orts- und Beitragskollektoren zu gewährenden Vergütung. Die Vorlage des Gauvorstandes bringt eine Erhöhung um 100 Proz., die den Kollegen Kischkischmidt (Freiberg) und Lieder (Zittau) aber nicht genüge; sie forderten Erhöhung um 200 Proz. Kollege Lehmann (Meißen) begründete den allgemein gehaltenen Antrag Meißens mit der Entwertung des Geldes. Nach einer aufklärenden Entgegnung des Kollegen Schröder fand der Antrag des Gauvorstandes einstimmige Annahme mit der Maßgabe, daß die Erhöhung sowohl für die Mitglieder als auch für die Druckereikollegen in Dresden und in der Provinz gilt. Der Antrag Meißens war dadurch erledigt.

Unter Punkt 4 beantragte der Gauvorstand die Aufhebung aller Goutauschlüsse. Kollege Schröder führte zur Begründung die entsprechenden Beschlüsse des Verbandstages an und die Befastigung der Goutauschlüsse zugunsten anderer gewerkschaftlicher Aufgaben. Ohne Aussprache wurde einstimmig antragsgemäß beschloßen.

Ebenfalls ohne Aussprache erledigt wurde Punkt 10 („Tagesgeld für die Delegierten“), indem der Vorstoß der Kommission einstimmig Annahme fand.

Die Punkte 11, 12 und 13 („Entschädigung an den Gauvorstand“; „Bezahlung der Angestellten“; „Wahl des Gauvorstehers und seines Stellvertreters mit Antrag des Gauvorstandes, den Gauvorsteher anzustellen“) wurden zusammen erledigt mit Punkt 15 („Besetzung des Beitrags“, Antrag Orimma-Naunhof-Verein: „Der Beitrag ist infolge Erhöhung des Verbandsbeitrags und Aufhebung der Goutauschlüsse um 50 Pf. zu erniedrigen“). Die Kommission machte zu 11 und 12 zermietige Vorschläge und

beantragte zu Punkt 15, den Beitrag um 50 Pf. zu erhöhen. Die Notwendigkeit, den Gauvorsteher anzustellen, wurde nicht bestritten, so daß der Goutage den Antrag des Gauvorstandes einstimmig annahm. Kollege Wendische hatte in anschaulicher Weise geschildert, unter welcher erschwerten Umständen er bis heute sein Amt ausübe, und daß es nebenherüberhaupt nur möglich war, weil keine Geschäftsstellung und keine Mitarbeiter ihn in jeder Hinsicht unterstützen. Die Anforderungen an den Gauvorsteher sind ständig gewachsen. Sie werden noch mehr wachsen bei den bewegten Zeiten, in denen wir uns befinden und die noch kommen. Voll und ganz für die Kollegen eintreten könne nur ein Gauvorsteher, der vollkommen frei dastehet. Was ist nicht der Fall bei jemand, der noch im Berufe tätig ist. Da Kollege Wendische Wobermahl und Aufstellung aus Gesundheitsrücksichten ablehnte, wurde nach verschiedenen Vorschlägen beschloßen, die Stellung auszuschreiben. Der zweite Gauvorsteher wird später gewählt. Die Opposition schlug dafür den Kollegen Giebler vor. Dieser Vorschlag und seine Begründung zogen eine lebhafte Aussprache für und gegen die Opposition nach sich sowie die Erklärung Gieblers, daß er sein Amt zwar nach den Nürnberger Beschlüssen, aber unter voller Wahrung der oppositionellen Richtlinien ausüben würde! Einem Dringlichkeitsantrag entsprechend, beschloß der Goutage außerdem, daß für den Gauvorstand ein Schriftführer gewählt wird. (Bläser hat im Gauvorstande dies Amt der Schriftführer des Dresdner Buchdruckervereins versehen). Zur Beitragsherabsetzung gingen die Meinungen weit auseinander. Dagegen sprach niemand. Zwischen Vorschlägen auf Erhöhung um 25 Pf. und eine Mark stand der Antrag der Kommission, der auch endlich angenommen wurde. In der Aussprache wurde Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung an Hand verschiedener Anregungen gefordert. Die Entschädigung an den Gauvorstand und die Bezahlung der Angestellten wurde ebenfalls nach den Kommissionsvorschlägen beschloßen.

Punkt 14: „Wahl des Gauverwalters“. Auf die Ausschreibung der Stelle hat sich nur Kollege Schröder gemeldet. Der Goutage beschloß nach kurzer Aussprache, den Kollegen Schröder als alleinigen Kandidaten zur Urwahl zu stellen.

Als Ort für den nächsten Goutage wurde Dresden bestimmt.

Dem vom Amte des Gauvorstehers scheidenden Kollegen Wendische widmete Kollege Freitag Worte der Anerkennung für die 26jährige unermüdete Tätigkeit. In gleichem Sinne sprachen noch die Kollegen Bräuer, Schenk, Schröder und Baumeister, dem Kollegen Wendische einen langen und angenehmen Lebensabend wünschend. Bei sechs Stimmenentschlüssen beschloß der Goutage, dem Kollegen Wendische in Würdigung aller Verdienste einen entsprechenden Geldbetrag zu überweisen.

Punkt 3 kam infolge vorgeschriebener Zeit nicht zur Verhandlung. Kollege Edel bedauerte dies, weil dadurch die Opposition keine Gelegenheit hatte, ihre Stellung zu den Nürnberger Beschlüssen klarzulegen, und gab eine von diesen Kollegen unterzeichnete Entschließung zu Protokoll. Die Entschließung mißbilligt im Namen des Goutages im ersten Teile die Haltung des Nürnberger Verbandstages und erklärt sich für Änderung der Verbandspolitik im Sinne der oppositionellen Richtlinien. Insbesondere vermißt sie jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Im zweiten Teile wird festgestellt, daß Tarifverhandlungen unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem Stillphasenarbeit seien, weshalb der Goutage für Herrschaft der Arbeiterklasse und für sozialistische Wirtschaftswelt eintritt. Gegen die Fassung der Entschließung (sie spreche zu Unrecht im Namen des Goutages) erhob sich lebhafter Widerspruch, dem die Kollegen Richter, Bräuer und Kopsch besonders Ausdruck gaben.

Zur Beibringungsordnung machte Kollege Stürz (Leipzig) noch einige Mitteilungen über die Wahl des Kreisbeibringungsamtschuldes.

Zu Punkt 17: „Zweiwoche Beschwerden“, lagen keine Anträge vor, so daß Kollege Wendische den Goutage nach willkürlichen Verhandlungen mit einem Hoch auf den Verband schloß.

Zum Schluß sei noch eines Jubiläums gedacht: Kollege Schwabe (Dresden) nahm das 25. Mal an den Dresdner Goutagen als Delegierter teil.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Braunschweig. In der am 11. Juli abgehaltenen Bezirksversammlung gab Kollege Reuter den Bericht von der Generalversammlung in Nürnberg. Referent entrollte ein anschauliches Bild über die dort geführten Debatten und von der für den Verband geleisteten Arbeit. Er erkannte an, daß die Opposition ihre Forderungen in sachlicher Weise vertreten habe, müßte aber bedauern, daß sich unter den Oppositionsvertretern auch einige Gegner der Gewerkschaftsbewegung befänden. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Die Versammlung erklärte sich einmütig mit den gefaßten Beschlüssen der zehnten Ver-

bandsgeneralsversammlung einverstanden. Vom Verwalter wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal 1920 erstattet. Zu erwähnen ist noch, daß der bisher vom Räte der Stadt gewährte Zuschuß zum Arbeitsnachweis auf monatlich 150 Mk. (bisher 100 Mk.) erhöht ist.

Breslau. Aus dem Vereinsleben der jüngsten Zeit sei folgendes Wichtiges erwähnt: Nachdem sich stautgemäß zwei Versammlungen mit der Anstellung seines ersten Vorsitzenden des Bezirks Breslau beschließt hatten und hierbei die absolute Notwendigkeit hierzu zum Ausdruck gebracht worden war, wurde in der außerordentlichen Generalsversammlung am 17. Mai die Anstellung ab 1. August einstimmig beschloffen. Auf das einzige Bewerbungsverfahren unfres bisherigen Vorsitzenden Sporn hin wurde durch Urabstimmung mit 715 von 750 abgegebenen Stimmen gewählt. — Um die Not unfres arbeitslosen Kollegen einzumachen zu lindern, wurde in der allgemeinen Buchdruckerverammlung am 17. Mai eine einmalige Abgabe von 5 Proz. des Gesamtumsatzverdienstes beschloffen, an welcher sich auch die Mitglieder des Guttenbergbundes beteiligten. Es kamen im ganzen 7402 Mk. ein, wodurch die Arbeitslosen eine Beihilfe von 90 bis 135 Mk. je nach der Dauer der Arbeitslosigkeit und nach der Kinderzahl erhalten konnten. Der laufende Ertragebeitrag von 1 Mk. zur Unterhaltung der arbeitslosen und invaliden Kollegen wurde auf ein weiteres Vierteljahr (bis 31. Oktober) beschloffen. — In der Versammlung am 4. Juli erstattete Kollege Sporn den Bericht über die Verbandsgeneralsversammlung in ausführlicher Weise. — Am 11. Juli fand die erste Lehrkingsversammlung statt, welche die Lehrlinge Breslaus soll ausnahmslos vereinigen; auch aus dem Bezirke, sogar aus dem befehlten Oberböhmen, waren Lehrlinge erschienen. Vor diesem stattlichen Forum unfres hoffnungsvollen Nachwuchses sprachen die Kollegen Sporn, Schödel und Schultes über die Aufgaben in organisatorischer, fachtechnischer und erzieherischer Hinsicht und erzielten den vollen Beifall der jugendlichen Zuhörer. — Zur Bildung der Lehrkingsausschüsse wurde in der Versammlung am 19. Juli Stellung genommen und die Disziplin der Prinzipale auf dem Gebiete der Lehrkingsordnung aufs tiefste bedauert. Eine Resolution, welche die sofortige Einberufung der Lehrkingsausschüsse fordert, fand einstimmige Annahme.

Sch. Einnahmen. (Halbjahrsbericht.) Im vergangenen Halbjahre wurden vier fünf Versammlungen abgehalten, die vollständig besucht waren. Die Kollegen zeigten großes Interesse am Vereinsleben. Die letzte Feuerungszulage, die völlig unzureichend für die heutige Lebensweise ist, wurde einer scharfen Kritik unterzogen und das geringe Verständnis der Prinzipale bemängelt. Anerkannt wurde, daß die Gehilfenvertreter ihr möglichstes getan haben, um die Not der Gefährdeten zu lindern. Die Verhältnisse hier am Ort sind tarifliche, Feuerungszulagen und Ferien wurden ohne Anstand bewilligt. In der letzten Versammlung mußten wir leider zur Wahl eines neuen Vorstandes schreiten. Unser langjähriger, gut bewährter Vertrauensmann und Kassierer Kupp, der jederzeit für das Wohl der Kollegen sorgte, verläßt infolge Konditionswechsels unfres Ortsvereins. Nur ungern sieht ihn die hiesige Kollegenchaft scheidend und wünscht ihm viel Glück in seinem neuen Wirkungskreise. Als Nachfolger wurde der bisherige Schriftführer Görner einstimmig gewählt.

Frankfurt a. M. (Maschinenlehrevereinigung für den Gau Frankfurt-Hessen.) Am 11. Juli wurde die diesjährige außerordentliche Gaugeneralsversammlung abgehalten. Nach Begrüßung der auswärtigen Mitglieder stellte Kollege Dominé mit, daß die Ausführung des Beschlusses der vorjährigen Gaugeneralsversammlung, die nächste Generalsversammlung des Gau'es in Marburg stattfinden zu lassen, unmöglich war. Infolge der ungeheuren Verteuerung der Eisenbahnfahrkosten sei die Gaukasse nicht in der Lage, die starke Belastung zu tragen. Es wurde deshalb eine außerordentliche Gaugeneralsversammlung nach Frankfurt einberufen. Bei der nun folgenden Berichtserstattung über den Dritten deutschen Maschinenlehrekonferenz in Nürnberg gebachte Kollege Dominé in eingehenden Darlegungen des Verlaufs der denkwürdigen Tagung. Die Versammlung erklärte sich im allgemeinen mit den Beschlüssen einverstanden. Die Abführung eines Beitrags von 70 Pf. pro Mitglied und Monat verursachte allerdings einige Bedenken. Es wurde beschloffen, den Gaubeitrag pro Monat auf 1 Mk. festzusetzen; für die Vereinigung Frankfurt soll ein wöchentlich Beitrag von 30 Pf. erhoben werden. Der vom Kollegen Henrich erstattete Kassenbericht wurde genehmigt. Als Vorsitzender des Gau'es wurde Kollege Dominé einstimmig wieder gewählt. Nachdem noch Erledigung verschiedener Angelegenheiten.

Friedrichroda-Waltershausen. Am 11. Juli fanden sich die Mitglieder nebst Angehörigen vorgenannten Ortsvereins zur Feier des Johannistfestes, verbunden mit zehnjährigem Stiftungsfest, im „Serzog Alfred“ zu Schnepfenhof zusammen. Dem Nachmittage mit buchdruckerischen Spielen im Garten folgte die eigentliche Feier, die nach Begrüßung der Erstantenen durch eine Festrede des Bezirksvorsitzenden Staub (Wolfs) verläßt wurde. Der Ortsverein hat sich soweit gekümmert, daß nun auch an eine weitere Fortentwicklung in der Zukunft gute Hoffnungen geknüpft werden können. Gesang und Tanz beschloffen die schönen Stunden. Auch sei den Odrbrüder, Eisenacher und Langenlanger Kollegen für ihren Besuch hierdurch nochmals gedankt.

Stonhausen. Das Vereinsleben im verfloffenen Vierteljahr bewegte sich bei uns in ziemlich ruhigen Bahnen. Anlaß zur Sorge gibt aber die immer mehr überhandnehmende Arbeitslosigkeit auch bei uns. Der Preisabbau

ist immer noch nicht so weit, daß von einer billigeren Lebenshaltung gesprochen werden kann. Infolgedessen hat das hiesige Gewerkschaftsamt eine Waren- und Kleiderverforgung eingerichtet, wo zu wirklich reduzierten Preisen Nahrungsmittel und Kleider an die Gewerkschaftler verabsolgt werden. — Am 25. Juli hielt auf der Bezirksversammlung in Radolzell Gauvorsitzer Lindenlauf ein klar umrissenes Referat über die Generalsversammlung in Nürnberg. Man konnte sich ein Bild von der ungeheuren Arbeit machen, die dort in kurzer Zeit zu bewältigen war. — Am Nachmittage wurde das Indentien unfres Mitglieders Gutsberg in einer Johannistfeier zum Ausdruck gebracht, verbunden mit der Ehrung von vier Verbandsjubilaren. Es sind dies die Kollegen Bollin, Schmid, Oze und Gnirs, die auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. In zeitgemäßer, sinnvoller Weise fand die Ehrung statt. Herzliche Worte des Dankes widmete auch unser Gauvorsitzer den Jubilaren. Die Radolzeller Kollegen übernahmen in wirklich gediegener Weise den unterhaltenen Teil der Feier. Es gebührt ihnen nochmals an dieser Stelle unser herzlich Dank.

Zeipzig. (Gau mitglieder-versammlung vom 16. Juli.) Unter „Gehällichem“ gab Vorsitzender Stürz eine vom Vorstand einstimmig gefasste Erklärung bekannt, die besagt, daß die in einer früheren Versammlung gemachten Vorwürfe gegen den Kollegen Braun nicht den Tatsachen entsprechen und Braun auch weiterhin das Vertrauen als Vorstandsmittglied genießt. Die Kollegen Stürz und Adolf Bausfeld berichteten über die getroffenen Maßnahmen zur Unterbringung der Arbeitslosen. Von den Prinzipalen und der Regierung sei in dieser Sache nicht viel zu erhoffen, nur die Solidarität der Kollegenchaft könne in dieser Frage, die schwieriger Art ist, schließlich zu einem Erfolge führen. Zur Erledigung der notwendigen Vorarbeiten zwecks Verlegung unfres Geschäftsraumes wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die durch zwei weitere Vorstandsmittglieder ergänzt wird. Die Verlegung unfres Geschäftsraumes nach dem „Volkshaus“ muß aus verschiedenen Gründen unterbleiben. Unter „Verchiebenem“ wurde die Anregung gegeben, doch in Zukunft das Obligatorium des „Korr.“ für den Gau wieder einzuführen.

München. Am 14. August feiert Kollege Karl Gerber, Korrektor bei G. Brudmann u. Co., sein 50jähriges Berufs Jubiläum. Er trat am 14. August 1870 in der Buchdruckerei Karl Brandt in Kilm a. W. in die Lehre, konditionierte in Posen und Saarbrücken. Von 1876 bis 1891 in Landshut (Niederbayeren) tätig, dürfte er den älteren Kollegen des Gau'es Bayern als langjähriger Vertrauensmann der Mitglieder Landshut von den früheren Gau'tagen her bekannt sein. Seit 1892 im Hause Brudmann in München, ist der Jubilar als tüchtiger Fachmann allgemein geschätzt und geehrt. Möge er sich noch lange Jahre seiner thätigen Schaffenskraft und Gesundheit erfreuen! Kollege Gerber ist seit 1875 Verbandsmittglied.

Münster. Die am 11. Juli hier abgehaltene Bezirksversammlung wurde mit einem ausgezeichneten Begrüßungschor des Gelangvereins „Syngraphia“ eingeleitet, wonach der Vorsitzende Veranlassung nahm, die stimmungsbegabten Kollegen an ihre Pflicht, sich dem Gelangverein anzuschließen, zu ermahnen. Der Kassenbericht, der zum erstenmal ohne jeden Rest abgeschlossen werden konnte, wurde genehmigt und dem Kassierer für vorzügliche Kassenführung Anerkennung gezollt. Vorsitzender Meißer berichtete zuerst kurz über die Kreisantsitzung in Köln und anschließend hierauf in etwa einhalbstündigen Ausführungen über die Nürnberger Generalsversammlung, was am Schluß alleinstimmigen Beifall auslöste. In der Diskussion wurde u. a. der „Münsterische Anzeiger“ wegen eines Artikels „Freie Gewerkschaften unterbinden die Pressefreiheit“ einer scharfen Kritik unterzogen. Im übrigen beendete die Versammlung ihr Einverständnis mit den in Nürnberg gefassten Beschlüssen. Das „Korr.“-Obligatorium wurde beibehalten und der Bezirksbeitrag um 15 Pf. erhöht. Den auswärtigen Kollegen wurde volle Fahrtentschädigung bewilligt. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten und nach einem kurzen Schlussworte des Vorsitzenden fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

G. Meisse. Am 4. Juli tagte unsere Bezirksversammlung in Bries. Anwesend waren 79 Kollegen aus den Orten Meisse 17, Bries 57, Neustadt 3, Falkenberg 2. Nach den Berichten der Vertrauensleute der einzelnen Druckorte, die leider den heutigen Verhältnissen entsprechend ungenügend lauten, nahm die Versammlung Kenntnis von einem Referat über die letzte Verbandsgeneralsversammlung. Kollege Müller (Meisse) gab in einfindigen Ausführungen ein übersichtliches Bild von den vielgestaltigen und schwierigen Verhandlungen der diesmaligen Tagung in Nürnberg. In der anschließenden Diskussion wurde besonders der Entwurf der Beihilfungsabteilung eingehend besprochen. Man war allgemein der Ansicht, daß derselbe in der Praxis sich schwer behaupten lassen werde, da Sachvereine und politische Jugendorganisationen sich schon um die Weiterbildung der Beihilfungsabteilung bemühten. Das Betriebsrätegesetz, der Graphische Industrieverband und die bevorstehende Abstimmung in Oberböhmen wurden ebenfalls eingehend besprochen. Zur Wahl der Gau'delegierten wurden vier Kollegen vorgeschlagen, einer davon gilt als Vertreter. Ein Antrag Annyplid, es von dem Bezirk Meisse abzutrennen und Breslau zuzuschlagen, wurde gutgeheißen. Den Arbeitslosen wurden 10 Mk. und die Fahrt bewilligt. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Meisse gewählt.

Neumünster. In der Bezirksversammlung am 11. Juli in Segeberg erstattete Kollege Kadow (Wilm-

horn) eingehenden Bericht von der Generalsversammlung in Nürnberg. Die interessanten Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung wurde die Anwesenheitsliste festgesetzt. Bezirken waren die Orte Neumünster (Vorort), Segeberg, Bordesholm, Oldesloe, Nortorf. Gerügt wurde der schwache Besuch aus dem Vorort. Arbeitslos sind in unserm Bezirk acht Kollegen. Als nächster Tagungsort wurde Bordesholm festgelegt. Nach Schluß der Versammlung fand eine Besichtigung der Buchdruckerei H. Wölter statt. Wir möchten nicht unterlassen, auch an dieser Stelle unsern Dank auszusprechen für die freundliche Aufnahme seitens der Firma.

Neuruppin. Am 11. Juli hielt unser Bezirk seine Bezirksversammlung in Wittstock ab. Sie war leider nur schwach besucht, was zum Teil auf die schlechten Verkehrsverhältnisse, zum Teil auf die Interesselosigkeit namentlich der jüngeren Kollegen in unserm Bezirke zurückzuführen ist. Aus dem Kassenbericht ergab sich ein günstiger Finanzbestand und aus diesem Grunde konnte das volle Fragegeld erstattet werden. Der Bericht vom Gau'tag in Potsdam, in ausführlicher Weise von zwei Kollegen gegeben, wurde von der Versammlung mit größtem Interesse aufgenommen, und eine kurze Aussprache schloß sich an. Aus den Berichten der Vertrauensleute aus den einzelnen Bezirksorten war zu ersehen, daß in tariflicher Beziehung alles in Ordnung war, und daß es gelungen ist, in einigen Druckereien, die bisher für tarifliche Zustände absolut nicht zu haben waren, festen Fuß zu fassen und auch dort tarifliche Zustände einzuführen. Jedoch bleibt in einzelnen Orten noch manches zu tun. Die Entschädigung des Betriebsvorstandes und der Vertrauensleute wurde nach dem Vorschlage des Kassierers von der Versammlung verdoppelt. Die Wahl des Bezirksvorstandes wurde von der Versammlung dem Bezirksvorort zur Erledigung überwiehen. Die Beachtung und Ausübung des Betriebsrätegesetzes wurde, da es, wie die Berichte ergaben, in vielen Betrieben daran fehlt, den Kollegen vom Vorsitzenden dringend empfohlen. Zu erwähnen ist noch die der Versammlung vorübergehende Besichtigung der Konsumvereinsbucherei, welche alle Teilnehmer sehr befriedigte.

Osnabrück. Nach fast einjähriger Pause tagte hier am Vorort am 11. Juli eine Bezirksversammlung, um u. a. den Bericht des Gauvorsitzers Pfingsten (Sannover) entgegenzunehmen. Zahlreich hatten sich die Mitglieder selbst aus den entferntesten Orten der Gauschaft Benfheim eingefunden. Nach herzlichem Begrüßung durch den Bezirksvorsitzer Liemann, der Bekannntgabe einiger Vorstandsmittteilungen sowie der Abrechnung des Kassierers entrollte Kollege Pfingsten ein vorzügliches Bild von den Nürnberger Verhandlungen. In klaren Strichen zeichnete er die Ziele der Opposition, dabei der Überzeugung Ausdruck gebend, daß die Mehrheit nicht gewillt sei, sich der Minderheit zu fügen. Wenn auch die Opposition alles versuchen werde, immer weiter in die Kollegenchaft einzudringen, so werde der gesunde Sinn der Gehilfenchaft es zu verhindern wissen, daß Uneinigkeit in unserm Verbands die Oberhand gewinnt. Doch gehöre dazu eine einige Gehilfenchaft. Besonders empfahl er eingehendes Studium des Generalsversammlungsprotokolls. Folgende Resolution fand fast einstimmige Annahme: „Die am 11. Juli 1920 in Osnabrück tagende Bezirksversammlung erklärt sich nach einem ausgezeichneten Referat ihres Gauvorsitzers, Kollegen Pfingsten, mit den Beschlüssen der Generalsversammlung einverstanden. Im übrigen stellt sie sich allgemein auf den Standpunkt der Mehrheit der Generalsversammlung und kann den Richtlinien der Opposition nicht eher folgen, bis diese einen klaren Blick in die Zukunft bietet.“ Interessante Bilder lieferten sodann die Berichte aus den Mitgliederschaften. Wenn auch die Bezahlung überall tariflich ist, so ist doch in mancher Beziehung noch vieles verbesserungsbedürftig. Als nächster Ort wurde Ibbenbüren zur Abhaltung einer Bezirksversammlung gewählt.

Stendal. Am 11. Juli fand hier eine von der Kollegen der Altmark auf beschloffe Bezirksversammlung statt, nur Gardedegen war schwach vertreten. Nach Begrüßung durch zwei von Mitgliedern der „Freien Sängerschaft Stendal“ zu Gehör gebrachte Nieder eröffnete der Vorsitzende Zugelt mit einer kurzen Ansprache die Versammlung und erteilte unserm Gauvorsitzer König (Halle) das Wort zur Berichterstattung über die Generalsversammlung in Nürnberg. Er entledigte sich seiner Aufgabe in gewohnter klarer und anschaulicher Weise und wies zum Schluß auf die sich besonders durch die Kündigung des Carlis ergebenden Konsequenzen hin. Nach der sich anschließenden kurzen Aussprache gaben die Vorsitzenden aus den Bezirksorten Bericht über die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse, woraus hervorging, daß diese im allgemeinen als gut zu bezeichnen sind. Als besonders erfreulich verdient hervorgehoben zu werden, daß in Salzwedel trotz des kaum zwei Jahre bestehenden Ortsvereins alle 40 dort arbeitenden Kollegen dem Verband angehören. Außer einer Firma in Gardedegen war es wieder unser Schmerzenskind, die Firma Th. Schulz in Oßersburg, von welcher wenig Rühmliches zu berichten war. Nachdem Kollege König noch einige Anfragen beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende mit der Mahnung zu Einigkeit und Geschlossenheit die gutverlaufene Versammlung.

Gesforben

In Mainz am 25. Juli der Eruecker Christian Gudemeter, 52 Jahre alt.
In Scherwin i. M. am 9. Juli der Escherwalde Rudolf Schulz, 42 Jahre alt.